



# GDF-AKTUELL

NEWSLETTER DER GRUPPE DER FRAUEN DER  
CDU/CSU FRAKTION IM DEUTSCHEN BUNDESTAG

Liebe Leserin, lieber Leser,

gleich mehrere Studien haben sich jüngst damit beschäftigt, wo Frauen und ihren Familien der Schuh drückt, wenn es um gerechte Teilhabe in Deutschland geht. Die Ergebnisse sind zweigeteilt: Während die steigende Armut bei Kindern wirklich Anlass zur Sorge gibt und auch beim Problem der unterschiedlichen Bezahlung von Männern und Frauen kaum Fortschritte erzielt wurden, sind wir bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf auf einem guten Weg.

Was mich dabei optimistisch stimmt: Die Botschaften werden gehört! Es ist nicht mehr nur ein geschlossener Kreis von Fachleuten, der darüber diskutiert, was Familien brauchen und was für Kinder das Beste ist. Frauen- und Familienpolitik steht mittlerweile ganz oben auf der Agenda.

Die Gruppe der Frauen setzt sich gezielt dafür ein, den familien- und gleichstellungspolitischen Handlungsbedarf in der Politik auch umzusetzen.

Auch beim Thema Contergan haben wir auf den dringenden Handlungsbedarf reagiert. Die Renten für contergangeschädigte Menschen werden zum 1. Juli 2008 verdoppelt. Lesen Sie mehr dazu auf Seite sieben.

Mein besonderer Hinweis gilt unsere Rubrik „3 Fragen an...“, für die wir die amtierende Präsidentin der Kultusministerkonferenz, Annegret Kramp-Karrenbauer, gewinnen konnten.

Viel Spaß beim Lesen wünscht Ihnen

Ihre

*Ingrid Fischbach*

## Schülerinnen zu Gast in der Gruppe der Frauen



Auch beim diesjährigen Girls' Day am 24. April hieß Ingrid Fischbach, Vorsitzende der Gruppe der Frauen, wieder Schülerinnen der Klassen fünf bis zehn in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Willkommen.

Anschließend stand die stellvertretende Vorsitzende, Michaela Noll, den wissbegierigen Mädchen Rede und Antwort. Die Schülerinnen wollten erfahren, wie man Politikerin wird und wie Entscheidungen im Parlament zustande kommen.

Die Mädchen warfen an diesem Tag auch einen Blick hinter die Kulissen der Internetredaktion der Fraktion und zerlegten Computer in der EDV-Abteilung.

Nach Abschluss des erfolgreichen "Arbeitstages" gab es für die Mädchen eine der begehrten Reichstagsführungen - für die man normalerweise über eine Stunde anstehen muss...



## 3 Fragen an...

### Annegret Kramp-Karrenbauer

#### 1. Was ist für Sie moderne Frauenpolitik?

Moderne Frauenpolitik muss sich ebenso wie moderne Familienpolitik an der Lebenswirklichkeit der Menschen orientieren. Frauenpolitik ist Gesellschaftspolitik, mit dem Ziel Chancengleichheit und Geschlechtergerechtigkeit in allen Lebensbereichen zu verwirklichen.

#### **Annegret Kramp-Karrenbauer**

Saarländische Ministerin für Bildung, Familie, Frauen und Kultur sowie Präsidentin der Kultusministerkonferenz

Für einen Großteil junger Frauen ist die Gleichberechtigung der Geschlechter eine Selbstverständlichkeit, die sie weitgehend realisiert sehen. Tatsächlich haben Mädchen und Frauen mittlerweile bei den Bildungsabschlüssen das männliche Geschlecht überflügelt und in einigen Qualifikationsbereichen zumindest einen Gleichstand erreicht.

Dennoch sind die aktuellen Lebensbedingungen für Frauen und Männer nach wie vor unterschiedlich. Insbesondere hinsichtlich der Partizipation von Frauen an Entscheidungsprozessen, der Teilhabe von Frauen in Politik, Wirtschaft und Wissenschaft, der Einkommensunterschiede zwischen Frauen und Männern und der sozialen Absicherung von Frauen fällt die Bilanz zum Nachteil von Frauen aus.

Frauenpolitik heute muss wesentlich dazu beitragen, die Möglichkeiten für eine eigenständige Existenzsicherung von Frauen und für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf weiter zu verbessern. Mit den Regelungen zur Elternzeit und zum Elterngeld sowie dem Ausbau der Kinderbetreuungsstruktur sind wir auf einem guten Weg. Auch die Wirtschaft übernimmt zunehmend Verantwortung für die Schaffung einer familienbewussten Arbeitswelt. Die Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit und Familie für Frauen und Männer wird weiterhin eine der zentralen Fragen für die Gleichberechtigung und Gleichstellung der Frauen sein.

Die Bekämpfung der Gewalt gegen Frauen war und ist für mich ein weiteres wichtiges Thema und Handlungsfeld moderner Frauenpolitik. Damit körperliche und seelische Gewalt gegen Frauen und Kinder, Menschenhandel und Zwangsheirat nicht geduldet werden, müssen wir uns nicht nur hier bei uns, sondern weltweit für die Rechte der Frauen einsetzen.

#### 2. Was ist für Sie moderne Familienpolitik?

Zukunftsorientierte Familienpolitik lässt sich auf einen einfachen Nenner bringen: Wir brauchen mehr Kinder in den Familien und mehr Familie in der Gesellschaft. Dieses Ziel ist nur zu erreichen, wenn alle gesellschaftlichen und politischen Kräfte die Stärkung der Leistungsfähigkeit und die der Eigenverantwortung der Familien als Querschnittsaufgabe, als ihr Thema verstehen.

Deutschland liegt bei seinem finanziellen Einsatz für Familien im europäischen Vergleich im oberen Drittel. Dennoch entspricht der Mittlereinsatz nicht den Ergebnissen anderer europäischer Länder bei der Geburtenrate, Frauenerwerbstätigkeit und Armutsquote. Unsere Familienpolitik muss zukünftig verstärkt Instrumente schaffen, die ein wirksames Ineinandergreifen abgestimmter Maßnahmen in den Bereichen der Infrastruktur, Zeit und Geld ermöglicht.

Als Ergebnis solcher Bemühungen muss zweifelsfrei eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit stehen. Geeignete Maßnahmen in diesem Sinne sind der Ausbau bedarfsgerechter Möglichkeiten der Kinderbetreuung, eine aktive und reflektierte Partnerschaft der Eltern, Schulung der Erziehungskompetenz, die Erweiterung familienfreundlicher Arbeitsbedingungen in den Unternehmen und der Ausbau der lokalen Bündnisse für Familie.

Zudem ist die Gestaltung des demographischen Wandels und damit das Alter als Chance für die Familien zu begreifen für mich eine weitere zentrale familienpolitische Aufgabe. Es gibt viele positive Beispiele, die zeigen, wie die Erfahrungen und Kompetenzen von älteren Menschen als verlässliche Stützen ihrer Enkelkinder, im Ehrenamt oder als Berater in Unternehmen genutzt werden können. Die Mehrgenerationenhäuser werden aus meiner Sicht eine gute Plattform des Dialoges der Generationen und der Impulse ins regionale Umfeld sein. Die Familienpolitik wird sich aber auch verstärkt mit der Frage beschäftigen müssen, wie Schutz und Hilfe im Alter gewährleistet werden kann, welche Hilfen eine Familie benötigt, um einen Familienangehörigen daheim pflegen zu können.

Familie ist für mich die soziale Mitte unserer Gesellschaft, sie ist das Fundament für emotionales, soziales und kognitives Lernen. Familie umfasst alle Generationen.

### **3. Was wünschen Sie sich von der Gruppe der Frauen?**

Von den Frauen wünsche ich mir, dass sie sich auch weiterhin so engagiert und aktiv im Deutschen Bundestag für die Belange von Frauen einsetzen, ihre Sicht der Dinge einbringen und mitgestalten. Ich halte eine gleichberechtigte Mitwirkung von Frauen und Männern an politischen Entscheidungsprozessen für ein Gebot der Demokratie mit positiven Auswirkungen auf unsere Gesellschaft.

#### **Zur Person**

Annegret Kramp-Karrenbauer (CDU) übernahm am 16. Januar 2008 die Präsidentschaft der Kultusministerkonferenz 2008. Im Saarland ist sie Ministerin für Bildung, Familie, Frauen und Kultur. 1999 hat sie den Landesvorsitz der Frauen Union der CDU übernommen und ist seit 2003 auch deren stellvertretende Bundesvorsitzende. Zudem sitzt sie seit April 2008 dem CDU-Bundesfachausschuss „Familie, Senioren, Frauen und Jugend“ vor.

Frau Kramp-Karrenbauer ist verheiratet und hat drei Kinder.



**Frank-Jürgen Weise  
Ingrid Fischbach**

## **Weise: Situation der Frauen auf dem Arbeitsmarkt noch immer angespannt**

Die Gruppe der Frauen ließ sich in ihrer Sitzung am 24. April 2008 von dem Vorstandsvorsitzenden der Bundesagentur für Arbeit, Herrn Frank-Jürgen Weise, aus erster Hand über die Situation von Frauen auf dem Arbeitsmarkt informieren. Diese ist laut Weise nach wie vor angespannt. Zwar haben Frauen in der Arbeitslosenversicherung, also der ersten Phase von Arbeitslosigkeit, gleichermaßen wie die Männer von der positiven Arbeitsmarktentwicklung profitieren können.

In der Grundsicherung sehen die Chancen von Frauen jedoch ungleich schlechter aus. Vor allem die Gruppe der 600.000 Alleinerziehenden ohne Kinderbetreuung haben vom allgemeinen Abbau der Arbeitslosigkeit kaum bis gar nicht profitieren können.

Für arbeitslose Frauen ohne Leistungsberechtigung hat die Bundesagentur für Arbeit 175 Millionen Euro für Maßnahmen zur Weiterbildung und Qualifizierung bereitgestellt. Zurzeit fragen rund 20 Prozent dieser Frauen eine Weiterbildung nach. Dazu zählen unter anderem spezielle Maßnahmen für Berufsrückkehrerinnen, Teilzeit-Coachings für Akademikerinnen oder berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen in Teilzeit für junge Mütter und Väter mit dem Ziel der Aufnahme einer Teilzeit-Ausbildung.

Die Zahlen zeigen, dass immer noch nicht genügend Frauen das vielfältige Kursangebot der Bundesagentur für Arbeit nutzen. Deshalb wäre es wünschenswert, wenn sich möglichst viele Frauen auch ohne Leistungsanspruch über das entsprechende Angebot in ihrer zuständigen Agentur für Arbeit informieren würden.

## **Kramp-Karrenbauer: Mehr Qualifizierung in der Tages- pflege**

In ihrer Sitzung am Donnerstag, 29. Mai 2008, traf sich die Gruppe der Frauen mit Annegret Kramp-Karrenbauer, amtierende Präsidentin der Kultusministerkonferenz und saarländische Ministerin für Bildung, Familie, Frauen und Kultur. In der regen Diskussion ging es um Möglichkeiten einer intensiveren Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern im Bildungsbereich. Die Föderalismusreform hat die Verantwortlichkeiten im Bildungsbereich klar definiert, die Kultusministerkonferenz muss in ihren Entscheidungen aber die erforderliche Balance zwischen den wettbewerblich bestimmten eigenen Lösungen der Länder und ihrer gesamtstaatlichen Verantwortung übernehmen. Hier sieht Frau Kramp-Karrenbauer Nachholbedarf.

Diskutiert wurden auch Wege zur Weiterentwicklung der Aus-, Fort- und Weiterbildung von Fachkräften im Feld der frühkindlichen Bildung. Die Notwendigkeit einer verstärkten Professionalisierung gerade auch im Bereich der Tagespflege steht außer Frage. Dies ist Grundvoraussetzung, um die Vereinbarung zwischen Bund und Ländern, bis 2013 für 35 Prozent aller unter Dreijährigen einen Betreuungsplatz anbieten zu können, auch tatsächlich umsetzen zu können.

## Fischbach: Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit

Anlässlich Deutschlands erstem Equal Pay Days am 15. April 2008 erklärt die Vorsitzende der Gruppe der Frauen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Ingrid Fischbach MdB:

Obwohl Mädchen heutzutage mit höheren Bildungsabschlüssen und besseren Noten die Schulen verlassen als ihre männlichen Mitschüler, besteht im anschließenden Berufsleben noch immer eine große Lohnungerechtigkeit zwischen Männern und Frauen. Frauen verdienen in gleichrangigen Positionen im Durchschnitt 22 Prozent weniger als Männer. Der erste Equal Pay Day ist eine gute Gelegenheit, auf diese Ungerechtigkeit hinzuweisen. Diese Ungleichbehandlung sieht auch ein Großteil der Bevölkerung, wie eine Studie des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend aktuell belegt. 90 Prozent der Befragten sind der Meinung, dass Frauen und Männer selbstverständlich gleich bezahlt werden sollten.

Die Politik hat aufgrund der Tarifautonomie keine Möglichkeit, direkt auf die Lohngestaltung Einfluss zu nehmen. Hier sind die Tarifparteien gefragt. Dem Staat kommt die Aufgabe zu, die Bemühungen aller Beteiligten durch geeignete Maßnahmen zu unterstützen und Rahmenbedingungen zu schaffen, unter denen Frauen gleiche Verdienstmöglichkeiten erhalten wie Männer. Die Bundesregierung hat mit der Einführung des Elterngeldes, dem Ausbau von Kinderbetreuungsangeboten und einer neuen Initiative für Berufsrückkehrerinnen wichtige Schritte in die richtige Richtung gemacht.

Die Erfahrung lehrt, dass der Abbau geschlechterspezifischer Einkommensunterschiede eine schwierige gleichstellungspolitische Aufgabe ist. Umso wichtiger ist es, in unseren Anstrengungen, sie zu bekämpfen, nicht nachzulassen.

## Fischbach/Noll: 20 Jahre erfolgreiche Arbeit der Kinderkommission

Anlässlich des 20. Geburtstages der Kinderkommission (KIKO) im Deutschen Bundestag erklärt die Vorsitzende der Gruppe der Frauen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Ingrid Fischbach MdB und das Mitglied der KIKO, Michaela Noll MdB:

Mit der Einsetzung der Kinderkommission am 21. April 1988 hat der Deutsche Bundestag bereits vor 20 Jahren die Belange von Kindern als besonders schutzwürdiges Anliegen anerkannt. Als weltweit erstes Parlamentsgremium wurde die KIKO speziell mit der Verbesserung der Situation von Kindern beauftragt. Sie achtet darauf, dass bei der Gesetzgebung Kinderinteressen berücksichtigt werden. Gleichzeitig ist sie Ansprechpartnerin für Kinderanliegen. Allein in dieser Wahlperiode gingen 865 Schreiben von Kindern ein.

Die KIKO hat bei zahlreichen Projekten mitgemischt und durch engagierte Arbeit dazu beigetragen, Kinderfreundlichkeit in vielen Bereichen zu stärken. Die freiwillige Selbstverpflichtung der Textilindustrie, Kinderkleidung sicherer zu machen und die Aufnahme des Rechtes von Kindern auf eine gewaltfreie Erziehung in das Bürgerliche Gesetzbuch sind dabei nur zwei prominente Beispiele. Auch der erste Kindertag 2001 im Deutschen Bundestag, bei dem schon Grundschüler das Zentrum der Politik zu sehen bekommen, geht auf eine Initiative der KIKO zurück.

In dieser Wahlperiode stehen wieder zentrale gesellschaftspolitische Fragen wie Kinderarmut, die Vernachlässigung von Kindern und frühkindliche Förderung auf der Agenda der Kinderkommission. Für ihre Arbeit wünschen wir ihren Mitgliedern weiterhin Kraft und Ausdauer, vor allem aber viel Erfolg!



**Maria Böhmer**  
Vorsitzende der  
Frauen Union

## Spätabtreibungen

Der Bundesvorstand der Frauen Union der CDU plädiert dafür, in der Diskussion über eine Ergänzung des Schwangerschaftskonfliktgesetzes bei Spätabtreibungen den Gedanken des Lebensschutzes in den Mittelpunkt zu stellen. Die Maßnahmen zum Lebensschutz des ungeborenen Kindes dürfen in der Spätphase der Schwangerschaft nicht schwächer sein, als in den ersten drei Monaten.

Die Vorsitzende der Frauen Union, Maria Böhmer, fordert die SPD auf, sich in dieser Frage zu bewegen. Die Beratungspflicht in den ersten drei Monaten hilft Frauen Sicherheit über die schwierige Entscheidung, vor der sie stehen, zu gewinnen. Gerade bei Schwangerschaften in der 22.

Woche und darüber hinaus benötigen Frauen in Konfliktsituationen eine professionelle Beratung. Frauen in einer solchen Ausnahmesituation dürfen nicht allein gelassen werden.

## Ausweitung der Vätermonate

Eine Ausweitung der Vätermonate beim Elterngeld wäre ein zusätzlicher Gewinn für Kinder und Eltern. Eltern wollen sich gemeinsam um die Kindererziehung kümmern. Kinder brauchen Vater und Mutter. Die Partnermonate des Elterngeldes bewirken eine partnerschaftliche Teilung von Familienarbeit und Erwerbstätigkeit.

Der Erfolg des Elterngeldes zeigt, wie gut das Modell angenommen wird. Die Väterbeteiligung an der Betreuung der Kinder hat sich beim Elterngeld gegenüber dem Erziehungsgeld laut eines Berichts des Familienministeriums bis Herbst 2007 schon verdreifacht. Ein weiterer Anstieg des Väteranteils an der neuen Leistung auf 25 Prozent und mehr wird prognostiziert.

Die Partnermonate stärken Väter, die sich von Anfang an mehr um die Erziehung ihrer Kinder kümmern wollen.

## 60 Jahre Frauen Union

In diesem Jahr feiert die Frauen Union der CDU ihr 60-jähriges Bestehen am 7. Juni im Konrad-Adenauer-Haus in Berlin. Von der Gründung der Frauenarbeitsgemeinschaft der CDU/CSU Deutschlands am 1. Mai 1948 über den Zusammenschluss mit den Frauen der östlichen Bundesländer am 24. Februar 1990 bis zur 60-Jahr-Feier 2008 war es ein weiter Weg. Die Frauen Union war dabei immer der Kristallisationspunkt und Motor für die Erarbeitung inhaltlicher Positionen, für die Verbreitung von Ideen und für deren Umsetzung in praktische Politik.

*Feiern Sie mit! Weitere Informationen finden Sie unter [www.frauenunion.de](http://www.frauenunion.de)*



**Antje Blumenthal MdB**

## Taten statt Worte für contergangeschädigte Menschen

Contergan versprach schwangeren Frauen eine ruhige Nacht und wurde als sehr wirksam angepriesen. Die anfängliche Begeisterung stellte sich später als Irrtum mit fatalen Folgen heraus.

Vor über 50 Jahren, am 1. Oktober 1957, kam das Schlafmittel Contergan der Firma Chemie Grünenthal GmbH auf den Markt. Das bis 1961 rezeptfrei erhältliche Mittel löste einen der größten Medizinskandale aus. Weltweit kamen 10.000 Kinder, in Deutschland etwa 5.000, zum Teil schwer fehlgebildet zur Welt.

Die heute Mitte 40 und 50-Jährigen haben sich selbstbewusst ihre Selbstständigkeit und ihren Platz in Familie und Beruf erkämpft. Jetzt stoßen sich jedoch an schmerzliche Grenzen. Die jahrelange Fehlbelastung von Wirbelsäule, Gelenken und Muskulatur führte zu Schäden, die eine erhebliche Einschränkung ihrer Lebensqualität zur Folge haben. Die Betroffenen sind immer häufiger auf fremde Hilfe angewiesen, können ihren Beruf nicht mehr uneingeschränkt ausüben oder müssen diesen sogar aufgeben.

Wir haben den dringenden Handlungsbedarf erkannt und eine Verdoppelung der Conterganrenten beschlossen, die zum 1. Juli 2008 in Kraft treten wird. Zusätzlich zur finanziellen Unterstützung der contergangeschädigten Menschen wurde von den Koalitionsfraktionen ein Antrag entworfen, um den Bedürfnissen der Betroffenen künftig besser gerecht werden zu können und die körperlichen Beeinträchtigungen mildern zu helfen.

Das erfordert zum Beispiel eine Überprüfung der Strukturen bei der Gewährung von Leistungen in den Bereichen der Gesundheit, der Pflege und der Mobilität. Eine Anhörung von Betroffenen und Sachverständigen soll uns dabei helfen, die Probleme der contergangeschädigten Menschen zu benennen und Verbesserungen zu erzielen.

Auch die Firma Grünenthal hat die Notwendigkeit einer weiteren finanziellen Unterstützung erkannt. Sebastian Wirtz, Firmenchef des Pharmaunternehmens, kündigte nach Gesprächen mit Vertretern des Bundesverbandes Contergangeschädigter und der Bundesregierung an, freiwillig und einmalig 50 Millionen Euro in die Conterganstiftung einzuzahlen. Damit nimmt das Unternehmen seine moralische Verpflichtung für die noch heute lebenden rund 2.800 Conterganopfer wahr und leistet einen erheblichen Beitrag zur Verbesserung ihrer Lebenssituation.

## Frauen auf Expedition – in das Jahr 2020

Laut einer Analyse der Deutschen Bank Research ist die Gleichstellung am Arbeitsmarkt für Frauen bis zum Jahr 2020 möglich. Beruf und Familie würden in Zukunft besser vereinbar sein und mehr Frauen, darunter besonders Mütter, am Arbeitsalltag steigen. Dabei sei „eine deutliche Steigerung der Frauenzahl in Spitzenpositionen absehbar“. Ebenso würden „die Gehälter steigen“. Die Verbesserung der Situation der Frauen am Arbeitsmarkt werde „nicht ausschließlich auf gesetzliche Regelungen zurückzuführen sein“. Der Wirtschaftsstandort Deutschland könne „nicht länger auf die Frauen als Arbeitskräfte verzichten, weshalb auch eine Annäherung an die Gleichstellung unumgänglich“ sei. In Geschlechterfragen sei „ein allgemeiner Mentalitätswandel zu beobachten“, die Wirtschaft entwickle sich auch in diese Richtung.

*Die Studie ist abrufbar unter [www.dbresearch.de](http://www.dbresearch.de).*

## Kinder und Karrieren: Die neuen Paare

Erfüllte Partnerschaft, verantwortungsvoller Beruf, fröhliche Kinder - viele junge Paare wünschen sich heute, dies alles unter einen Hut zu bringen. Sie stehen damit vor einer enormen Herausforderung: Wie kann es gelingen, miteinander zu vereinbaren, was doch oft fast unvereinbar erscheint? Diese Frage stand im Zentrum der vorliegenden Studie, für welche die Europäische Akademie für Frauen in Politik und Wirtschaft Berlin e. V. im Auftrag der Bertelsmann Stiftung und des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend bundesweit knapp 1.200 Doppelkarrierepaare mit Kindern untersuchte. Die Ergebnisse zeigen, dass von diesen „neuen Paaren“ ein wichtiges Veränderungspotenzial ausgeht. Sie sind Vorreiter eines modernen Rollenverständnisses und setzen sich in ihren Unternehmen für Familienfreundlichkeit und Chancengleichheit ein.

*Die Studie kann unter [www.bertelsmann-stiftung.de](http://www.bertelsmann-stiftung.de) bestellt werden.*

## Lohnunterschiede zwischen Männern und Frauen

Frauen verdienen laut einer Studie, die das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) am 27. Mai 2008 in Köln vorgestellt hat, noch immer deutlich weniger als ihre männlichen Kollegen. Ihr Verdienst pro Stunde lag 2006 durchschnittlich 28 Prozent unter denen der Männer. Besonders groß ist die Lohndifferenz vor allem dann, wenn Frauen dem Beruf wegen einer Babypause zeitweise fernbleiben. Nach einer Auszeit von mehr als drei Jahren müssen Frauen den Angaben zufolge einen Lohnabstand von 14 Prozent hinnehmen. Bei Vollzeit arbeitenden Frauen, die wegen einer Babypause zwischen einem und drei Jahren nicht erwerbstätig waren, sind es zehn Prozent.

Ursache für die zwischen den Geschlechtern weiterhin klaffende Lohnlücke sind nach Angaben des IW aber auch die Berufswahl und die Branchen, in denen Frauen überwiegend tätig sind. So arbeitet das Gros der weiblichen Angestellten in tendenziell eher schlechter bezahlten Assistenten- oder Pflegeberufen. Hinzu komme auch die häufig noch immer geringere Qualifikation vor allem älterer Frauengenerationen: Dementsprechend liegt das Gehaltsniveau in der Altersgruppe der 56- bis 65-Jährigen sogar 43 Prozent unter denen ihrer Kollegen. Bei den 15- bis 35-Jährigen brachten die Frauen 2006 durchschnittlich 16 Prozent weniger nach Hause.

*Die Studie ist abrufbar unter [www.iwkoeln.de](http://www.iwkoeln.de).*

## **Situation der Frauen im Kongo bleibt dramatisch**

Ein Reisebericht von Maria Eichhorn und Anke Eymer



Die Delegations-Reise der Parlamentariergruppe SADC-Staaten fand vom 13. April bis zum 20. April 2008 statt. Die Reise diente dazu, Informationen zu erlangen: 1. über den Stand der demokratischen Entwicklung nach den freien Wahlen 2006 und 2. über die Menschenrechtssituation und die humanitäre Lage mit dem regionalen Schwerpunkt Ost-Kongo und unter der besonderen Berücksichtigung der Situation von Frauen und Mädchen. Ziel war die Demokratische Republik Kongo, die Hauptstadt Kinshasa und die Provinzhauptstädte Bukavu und Goma in den beiden Kivu-Provinzen im Osten des Landes. Die Demokratische Republik Kongo ist mit seinen 2,3 Millionen Quadratkilometern ungefähr 6,5-mal so groß wie Deutschland oder so groß wie Westeuropa bei einer Einwohnerzahl von nur 62,3 Millionen. Es fanden Gespräche mit Regierungsvertretern, Parlamentariern, den Gouverneuren der Provinzen Nord- und Süd-Kivu, Vertretern der UN Mission MONUC, der Deutschen Welthungerhilfe und der deutschen Entwicklungsarbeit, der Zivilgesellschaft und Menschenrechtsorganisationen sowie mit dem Vorsitzenden der katholischen Bischofskonferenz statt.

Allgemein ist festzuhalten, dass der Aufbau und die Stabilisierung politischer Strukturen sowie die Konsolidierung der parlamentarischen Tätigkeit der Abgeordneten der Schlüssel für eine dauerhafte Lösung auch der humanitären Krisen des Landes allgemein, der östlichen Provinzen im Besonderen sind. Am 30. Juli 2006 konnten nach 40 Jahren die ersten demokratischen Wahlen friedlich und verhältnismäßig fair und frei stattfinden. Diese Wahlen wurden international begleitet und durch eine internationale Mission gestützt. Nach einem ermutigenden Aufbruch im Anschluss an die Wahlen 2006 ist derzeit eine Stagnation in der Entwicklung der demokratischen Institutionen zu registrieren.

Der Staatspräsident, Joseph Kabila, steht einem Kabinett von über 40 Mitgliedern vor. Nur 10 % der Parlamentarier sind Frauen. Von den 8 bestehenden Ausschüssen leitet eine Frau den Ausschuss für Kultur und Soziales. Gute Regierungsführung aber auch die parlamentarische Arbeit sind immer noch eine große Herausforderung für die kongolesischen Politiker. Von kongolesischer Seite wurde angemerkt, dass es im Kongo eine Gruppe gibt, die sich um den Kontakt mit europäischen Parlamentariern kümmert. Im Deutschen Bundestag gibt es keine Parlamentariergruppe für die Demokratische Republik Kongo. Es gibt großes Interesse bei den kongolesischen Parlamentariern, den Kontakt zu intensivieren.

Die Sicherheitslage im Land ist labil, nicht nur in den Ostprovinzen flackern immer wieder Konflikte auf. Im Osten besteht eine nicht unerhebliche Einflussnahme durch die Nachbarländer. Die Konflikte entzündeten sich überwiegend an Besitzansprüchen auf Bodenschätze und haben zudem eine ethnische Dimension. Gegenüber der Ausplünderung der äußerst rohstoffreichen Ostprovinzen des Kongo, ist die Zentralregierung fast völlig machtlos. Dem wirtschaftlichen Wiederaufbau steht auch heute noch der schlechte Zustand der Infrastruktur, der Verwaltung und Wirtschaft des Landes im Wege. Ein grundlegendes Problem besteht darin, dass es praktisch noch kein funktionierendes Straßennetz gibt. Fast alles geschieht auf dem Luftweg.

Besonders im Ostkongo ist die Menschenrechtssituation und im Besonderen die Situation der Frauen als Opfer von Gewalttaten und Vergewaltigung ein wesentlicher Problemschwerpunkt. Die Delegation erhielt viele Informationen, die weit über die in den Medien berichteten Vorgänge hinausgehen. Für die humanitäre Situation aller Länder Afrikas ist vor allem die Bekämpfung der Gefährdung durch die AIDS-Pandemie und die Malaria wichtig. Dabei liegt z.B. die Rate der HIV Infektionen im Land bei 4,9%. Das ist für Afrika vergleichsweise gering. In den beiden Kivu-Provinzen wurde jeweils ein Krankenhaus besichtigt und über die beeindruckende Arbeit, die dort geleistet wird, berichtet. In Bukavu arbeitet das Hôpital Général de Panzi als Nichtregierungsorganisation und in Goma ein Krankenhaus von Heal Africa. Beide Einrichtungen fungieren in ähnlicher Weise auch als Referenzstruktur für das Hinterland. Allgemein ist ein Bewusstseinswandel in Bezug auf die Verantwortung der Regierung und der demokratischen Instanzen für die Beendigung der Grausamkeiten festzustellen. Die Prognosen zur allgemeinen Entwicklung des Landes reichen von deutlicher Skepsis bis zu stark gedämpftem Optimismus.

## ZITAT DES MONATS

Harald Schmidt, TV-Entertainer, in seiner Laudatio auf die Börne-Preisträgerin Alice Schwarzer am 4. Mai 2008

„Wir brauchen keinen neuen Feminismus, sondern nur genügend Elan, den alten erstmal durchzusetzen.“

## ANKÜNDIGUNG

### Klausurtagung am 29./30. Juni 2008

Die Gruppe der Frauen wird am 29. und 30. Juni in Klausur gehen. Einziger Tagesordnungspunkt ist die Vorbereitung auf den Wahlkampf zur Bundestagswahl 2009. Externe Gäste sind Frau Prof. Dr. Renate Köcher, Geschäftsführerin am Institut Allensbach für Demoskopie, und Frau Barbara Groth, ehemalige leitende Redakteurin beim ZDF („Heute“, „Heute Journal“, „Bonn direkt“).

## - TERMINVORSCHAU - DER GDF-SITZUNGEN

**Donnerstag, 05. Juni 2008, 13.15 Uhr:**  
Diskussion über Spätabtreibungen, Kinderzuschlag und Spätfolgen bei Contergangeschädigten

**Donnerstag, 19. Juni 2008, 13.15 Uhr**  
Gespräch mit Annette Widmann-Mauz MdB zum Gendiagnostikgesetz und Finanzierung von künstlicher Befruchtung

**Donnerstag, 05. Juni 2008, 13.15 Uhr:**  
Gespräch mit Anita Schäfer MdB zur Familienfreundlichkeit in der Bundeswehr

## Wir gratulieren!

Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel hat am 1. Mai 2008 den Internationalen Karlspreis zu Aachen erhalten. Damit wurde zum vierten Mal in der Geschichte der Verleihung des Preises eine Frau geehrt.

Angela Merkel hat einen herausragenden Beitrag zur Überwindung der EU-Verfassungskrise geleistet. Während der deutschen Ratspräsidentschaft gelang es ihr als EU-Ratspräsidentin, die Regierungen und die Bürger der Mitgliedstaaten davon zu überzeugen, dass es keine andere Lösung für Europas institutionelle Weiterentwicklung gibt, als an dem Kern des Vertragswerkes festzuhalten. In einer kritischen Phase hat sie die EU somit aus einer Schockstarre gelöst. Nun ist der Weg frei für ein demokratischeres, effizienteres und handlungsfähigeres Europa.

Angela Merkel ist nicht nur die erste Frau im Bundeskanzleramt. Sie hat nunmehr in ihrem Engagement für die europäische Einigung das Handeln der Mehrheit ihrer männlichen Vorgänger anerkanntermaßen übertroffen.

## IMPRESSUM

Herausgeber  
Dr. Norbert Röttgen MdB  
Hartmut Koschyk MdB  
CDU/CSU-Bundestagsfraktion  
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

V.i.S.d.P.: Ingrid Fischbach MdB  
Redaktion: Judith Veltmann  
(verantw.)  
Telefon (030) 227 58957  
Telefax (030) 227 56093  
E-Mail: [GruppederFrauen@cducusu.de](mailto:GruppederFrauen@cducusu.de)  
[www.cducusu.de/gdf](http://www.cducusu.de/gdf)